

# Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 50 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: i. V. R. Eckart, Berlin NW 40, Reichstagsufer 5. Telefon: A2 Flora 4935

Berlin, 14. Juli 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 28

## Die Wohlfahrtsanstalt der Reichen

Die Regierungserklärung des von Hitler gestützten Adelskabinetts enthielt eine offensichtlich gegen die ärmste Bevölkerung gerichtete scharfe Ablehnung des Wohlfahrtsstaates. Die wenigen Wochen, die seit der Uebernahme der Regierung durch v. Papen vergangen sind, haben gezeigt, daß diese von Hitler abhängige Regierung mit beispiellosem Elan den Kampf gegen die Ärmsten der Armen aufgenommen hat. Es wurden die Renten und Unterstützungen soweit gekürzt, daß es für den Renten- und Unterstützungsempfänger kaum mehr möglich ist zu leben. Die durch die Kürzung erzielten Ersparnisse werden verwendet, um die Schwerindustrie und die Landwirtschaft zu sanieren. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Rentenkürzung von der Reichsregierung für 100 Millionen Mark Aktien der Schwerindustrie übernommen wurden, nur um die Kapitalisten vor dem Verlust ihres eigenen Vermögens zu bewahren.

Nachstehend bringen wir eine genaue Uebersicht über die Ausgaben, die das Reich als Wohlfahrtsanstalt für die Millionäre leistete.

In der Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 1. April 1932 sind die Bürgschaftsverpflichtungen des Reiches um nicht weniger als 315 Mill. Mk. gewachsen. 1930 betragen die gesamten Bürgschaften 687 Millionen, davon waren bis Ende März 1932 rund 425,6 Mill. Mk. erloschen. In derselben Zeit hat aber das Reich nicht weniger als 1,7 Milliarden Mark neue Garantieverpflichtungen übernommen. So sieht der Wohlfahrtsstaat für das Bankkapital, die Industrie und die Großlandwirtschaft aus.

Interessant sind besonders die Bürgschaften in der Zeit vom Oktober 1931 bis Ende März 1932. Die Bürgschaften für die Landwirtschaft stiegen von 93,3 Mill. Mk. auf 268,8 Mill. Mk., davon entfallen allein 130,3 Mill. Mk. auf die Osthilfekredite. Weitere 15 Mill. Mk. fanden Verwendung für die Roggenstützungskäufe und für Ankauf von Weizen. Die Kredite zur Beschaffung von Düngemitteln erhöhten sich um rund 400 000 Mk. auf 57,3 Mill. Mk. Interessant sind auch die Bürgschaften für die Industrie (Handel und Gewerbe). Sie betragen Ende März 1932 689,2 Millionen. Die Bürgschaften im Schifffahrts- und Verkehrswesen haben sich um rund 24 Mill. auf 75,7 Mill. Mk. erhöht. Hier kommen Großreedereien in Frage, die noch nach dem März 1932 weitere sehr erhebliche Bürgschaften von der Reichsregierung erhielten.

Zurückgegangen sind die Bürgschaften im Wohnungs- und Siedlungswesen von 220,9 Mill. Mk. im Oktober 1931 auf 175,9 Mill. Mk. 1932. Dagegen haben sich bei den Banken die Bürgschaftsverpflichtungen von 547,2 Mill. Mk. auf 748,5 Mill. Mk. erhöht. Hinzu kommt, daß die Ausfallbürgschaften des Reichs für die pleitegegangene Danat-Bank nach roher Schätzung mit 400 Mill. Mk. angegeben wird. Nach dem Stand von Anfang April 1932 hat das Reich durch Beteiligungen, Kredite, Bürgschaften und sonstige Zuschüsse folgende Beträge bei den deutschen Privatbanken investiert:

	in Millionen Mark	
	insgesamt rund:	davon Bürg- schaften rund:
Dresdner Darmstädter- u. Nationalbank, Deutsche Orientbank	984,5	407,7
Norddeutsche Kreditbank (früher J. F. Schröder, Bremen)	138	88
Garantie- und Akzeptbank	83	66
Commerz- und Privatbank	77,2	—
Landesbank für die Rheinprovinz	64,0	—
Allgemeine Deutsche Creditanstalt	16,0	—
Deutsche Girozentrale	100	100
Berliner Bank für Handel und Grundbesitz (Hausbesitzerbank)	21	21
Gewerbl. Kreditgenossenschaften	47,6	47,6
Verschiedene Banken	18,7	18,7
Zusammen	1550,0	749,0

Von dieser enormen Summe, die den Banken zugeflossen ist, hat sich das Reich die Beteiligung nur mit der lächerlich geringen Summe von etwa 234 Millionen gesichert.

Eine nicht zu unterschätzende Gefahr bedeuten diese Gesamtgarantien von fast 2 Milliarden Mark für das Reich. In diesem unerhörten Zustand wären wir so weiter geschliddert, wenn nicht schon früher, als die Reichsbürgschaften niedriger waren, auf Antrag der Sozialdemokratie ein Rücklagefond für das erhebliche Risiko gebildet worden wäre. Dadurch konnten 80 Millionen Ausfall bei Reichsbürgschaften bereits abgedeckt werden. Dennoch ist es mehr als zweifelhaft, ob die enormen Beträge auch nur zum nennenswerten Teil abgedeckt werden können.

Die dringenden Barsubventionen des Reiches in Form von Darlehen an Privatunternehmen, die schon oft in den Schornstein

### Wohlfahrt im Dritten Reich

Die Wohlfahrtsunterstützung wird von den Nazis beseitigt werden. Den Anfang dazu hat ihr Beauftragter von Papen schon gemacht. Als Beweis diene folgendes Zitat aus dem Buch „Neuadel aus Blut und Boden“, das W. Darré von der Nazireichsleitung schrieb:

„Liberalismus und Marxismus haben es auf dem Gewissen, wenn heute in unserem Volkskörper die Gesetze des Lebens mißachtet und verspottet werden. Nur so läßt es sich erklären, daß ein Volk von der hochwertigen Begabungsveranlagung wie das deutsche den Wahnsinn hat, die Gesunden für die Minderwertigen arbeiten zu lassen und durch eine ausgiebige — angeblich soziale — Gesetzgebung auch noch dafür Sorge zu tragen, daß einem Untermenschentum die weitesten Lebensmöglichkeiten bleiben.“

Ueber die Arbeitslosen schrieb die nationalsozialistische „Lausitzer Zeitung“ am 26. Mai 1931:

„Millionen Faulenzer gehen stempeln, weil das bequemer ist als zu arbeiten.“

Rentenempfänger und Arbeitslose werden den Nazis am 31. Juli die richtige Antwort geben.

geschrieben werden mußten, sind zwischen Oktober 1931 und März 1932 von 856,5 auf 889,5 Mill. Mk. angestiegen. Davon entfallen auf Wohnungsfürsorge und Siedlungen nur 13,4, auf Landwirtschaft und Ernährung 11,1, auf das Verkehrswesen 5 Mill. Mk. Diese Reichsdarlehen werden vollständig verloren sein.

Allein diese wenigen Hinweise, die noch beliebig vermehrt werden können, zeigen deutlich, daß das Deutsche Reich im weitesten Ausmaß eine Wohlfahrtsanstalt für die Millionäre gewesen ist. Von ihnen wurde bedenkenlos in überreichlichem Maße von der Republik Geld entgegengenommen, obwohl gerade sie die schärfsten Bekämpfer der republikanischen Staatsverfassung gewesen sind. Nur allein auf sie kann zutreffen, was Papen in seiner Regierungserklärung ausführte, als er darauf hinwies, daß durch die Gewährung von Wohlfahrt die moralischen Kräfte der Nation geschwächt worden sind. Die moralische Kraft ist in diesen Kreisen nicht nur geschwächt worden, sondern sie ist vollständig vor die Hunde gegangen.

Diesem Wohlfahrtsstaat der Millionäre gilt unser Kampf. Er gilt insbesondere der Regierung von Papen, die nach ihrer bisherigen Praxis keinesfalls daran denkt, die finanziellen Unterstützungen für die Millionäre einzustellen, dafür in weitestem Maße die Unterstützung für die Armen auf ein Mindestmaß gekürzt hat. Sie hat damit viele Millionen verelendeter aus dem Produktionsprozeß herausgeschleudert an die Grenze der Verzweiflung gebracht. Nie und nimmer darf es bei dieser Regelung bleiben. Der Staat muß allen Menschen ohne Einkommen ein auskömmliches Leben sichern, er muß ein Wohlfahrtsstaat für die Millionen Arbeitsloser sein, die ohne ihre Schuld existenzlos geworden sind.

Verbandskollegen und -kolleginnen! Am 31. Juli ist der Tag der Vergeltung, ihr und eure wahlberechtigten Familienangehörigen könnt unmöglich Parteien eure Stimme geben, die für die Beibehaltung dieses himmelschreienden Zustandes sind. Ihr müßt Liste 1, die Sozialdemokratische Partei, wählen!

### Der Pakt von Lausanne

3 Milliarden Abschlußzahlungen.

Das nationale Bürgertum ist grenzenlos enttäuscht über das Ergebnis von Lausanne. Es hat in allen Tonarten jubiliert als Brüning „100 Meter vor dem Ziel“ seines Amtes enthoben und ein Kabinett gebildet wurde, in dem Freiherren und Barone den Ton angeben. Es wurde aus lauter Ueberschwenglichkeit als nationales Konzentrationskabinett bezeichnet. Von ihm erwartete man, daß es in Lausanne mit der Faust auf den Tisch schlagen und jede weitere Tributzahlung verweigern würde. Nichts von alledem geschah. Der Reichskanzler von Papen, der nationale Mann, hat sich vielmehr weit entgegenkommender gezeigt als Brüning, der schon vor

# Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkriege für die Freiheit unseres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert. Hunderttausende sind zerschossen, als Krüppel in die Heimat zurückgekehrt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwaisten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freieres Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unseres Staates und den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet, als sich irgend eine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterschaft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Volksstaates geschaffen. Es ist eure geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem wagt es eine deutsche Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, Euch als Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreistet sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen Euch eine hemmungslose Lügenhetze zu entfalten, nur weil Ihr Sozialisten, nur weil Ihr Gewerkschafter seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedroschene Phrasen gedankenlos nachschwätzen, sind Viele, die nie die Front gesehen geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind Viele, die sich in der Heimat herumdrückten, sind Unzählige, die noch in den Kinderschuhen staken, als Ihr im Schlamm der Schützengräben und in Granatlöchern aushielten.

Alle diese Heimkrieger und Maulhelden, Leute wie Frick, Kube, Goebbels und Konsorten, haben die freche Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Deserteur“ zu beschimpfen. Und die gleiche Regierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den ganzen Machtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihre erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruderhasses in unser Volk hineinbringen.

Die jetzige Regierung gilt als der Wegbereiter des Dritten Reiches. Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchthausstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverwaltung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie Euch „Untermenschen“. Trotzdem buhlen sie um Eure Stimmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verfassungstreue Polizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die karge Rente gekürzt. Die SA. marschiert in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsjacken der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrillt werden. Die SA.-Führer wollen die Zuchtrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesem braunen Spuk rücksichtslos ein Ende, schließt Euch zusammen in der eisernen Abwehrfront. Die Armeen des Dritten Reiches müssen an Euren festgefühten Formationen zerschellen. Duldet keine Zersplitterung Eurer Kräfte. Fort mit den Nörglern und Kleingläubigen!

**Aktivität! Jeder Einzelne sei ein Kämpfer!  
Disziplin! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!  
Einigkeit! Eiserne Front des arbeitenden Volkes gegen alle Soldknechte  
des Kapitals!**

**Euer der Sieg! Freiheit! Wählt Liste 1**

**Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

der Konferenz jede weitere Zahlung Deutschlands für völlig unmöglich hielt. Papen hat sich mit den Konferenzteilnehmern nicht in deutscher sondern in französischer und englischer Sprache unterhalten. Er hat aus Ueberfluß an nationalem Bewußtsein sich sogar mit dem polnischen Außenminister photographieren lassen, dem die „nationale“ Presse in Deutschland mehr als einmal bescheinigte, daß sein Ziel sei, Ostpreußen von Deutschland zu lösen und es Polen einzuverleiben.

Papen hat den Gläubigern Deutschlands 3 Milliarden Mark Abschlußzahlungen zugestanden. Für diese neuen Tributverpflichtungen wird er die Verantwortung tragen müssen. Und mit ihm müssen die Parteien für diesen neuen Vertrag gerade stehen, die die bisherige Außenpolitik unter wüsten Beschimpfungen immer wieder als völlig falsch hingestellt haben. Papen hat keine andere Außenpolitik getrieben. Damit ist erwiesen, daß die schamlose Hetze gegen die von Sozialdemokraten getriebene Außenpolitik, die für sich in Anspruch nehmen kann für das Ende der Reparationen den Grundstein gelegt zu haben, nichts anderes als politische Machegewesen ist, um die Köpfe der Wähler zu vernebeln.

## Streik bei Ziskoven, Köln mit Erfolg beendet

Der mit strenger Disziplin in der Fabrik Ziskoven in Köln durchgeführte Streik gegen übermäßigen Lohnabbau ist mit Erfolg beendet worden. Die Firma hatte den am 31. Mai gefällten Schiedsspruch, der einen Lohnabbau von 5 Pfennig pro Stunde im Vorschlag brachte, abgelehnt und der Belegschaft durch Anschlag angekündigt, daß sie den Lohn eigenmächtig um 10 Prozent herabsetzen werde. Gegen diese versuchte Vergewaltigung trat die Belegschaft in den Streik. Sie erzielte damit, daß die alten Löhne bis zum 29. Juli aufrechterhalten werden und von diesem Zeitpunkt an erst eine Lohnsenkung eintritt wie sie im ersten Schiedsspruch enthalten ist.

## Wochenschau

„Kölnische Volkszeitung“ und „Frankfurter Volksstimme“ verboten. Das Reichsgericht hat das von Preußen abgelehnte Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“ für zulässig erklärt. Die Dauer des Verbotes dieses bedeutendsten Zentrumsorgans ist auf drei Tage beschränkt worden. Auf Ersuchen der Reichsregierung im wesentlichen die „Frankfurter Volksstimme“, ein Organ der SPD., auf 5 Tage verboten worden.

Ende der Deutschen Volkspartei. Die unter Sresemanns Führung einst in hohem Ansehen gestandene Deutsche Volkspartei ist für den kommenden Wahlkampf eine Listenverbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei eingegangen. Sie hat den letzten Rest von Liberalismus abgeschworen und sich damit dem endgültigen Verfall selbst preisgegeben.

Deutsch-schwedischer Handelsvertrag gekündigt. Von der Reichsregierung wurde der seit 1926

geltende Handelsvertrag mit Schweden gekündigt. Zweck der Kündigung ist, die Zölle für Holz, Fleisch und Speck zu erhöhen. Es steht schon heute fest, daß diese Zollerhöhungen sich katastrophal für die deutsche Industrie auswirken werden.

Keine Listenverbindung Zentrum-Staatspartei. Die Meldungen über eine Listenverbindung zwischen Zentrum und Staatspartei sind unzutreffend. Die Zentrumspartei will ohne Bindungen in den Wahlkampf gehen.

ASP. kommt zurück zur SPD. Die in Sachsen vor einigen Jahren aus der SPD. ausgeschiedenen Altsozialisten haben sich in Erkenntnis der Zwecklosigkeit jeder Zersplitterung der SPD. wieder angeschlossen.

Auslandswein unbeliebt. Der Landwirtschaftsausschuß im Preussischen Landtag nahm einen Antrag an, der forderte, daß die Einfuhr von Auslandswein durch Kontingentierung beschränkt werden soll. Gleichzeitig kommt aus Brüssel die Meldung, daß für Brüsseler Weintrauben, die im Ausland auf zunehmende Absatzschwierigkeiten stoßen, Schutzmaßnahmen ergriffen werden sollen.

Türkei tritt dem Völkerbund bei. In der am 18. Juli stattfindenden Bundesversammlung wird die Türkei feierlich im Völkerbund aufgenommen werden.

Tschecha im Braunen Haus. In der Gerichtsverhandlung gegen den ehemaligen SA.-Führer Danzeisen aus Pasing bestätigte es sich, daß einige Führer der NSDAP. von eigenen Leuten ermordet werden sollten. Diese ungeheuerlichen Zustände in der Münchener Nazizentrale sind auf gegenseitigen durch Neid diktierten Haß der dort zusammengekauften Personen zurückzuführen.

Hitlers Kaiserhof-Rechnung. Die Veröffentlichung der Rechnung für Hitler und seinen Stab, aus der ersichtlich war, daß 12 Personen innerhalb von 10 Tagen mehr als 4000 Mark verbrauchten, hat zu einer Klage der „Welt am Montag“ gegen Hitler und Goebbels geführt, weil diese die „W. a. M.“ der Unwahrheit bezichtigt haben. In dem am 5. Juni stattgefundenen Termin konnten die Verteidiger der beiden Nazihäuptlinge die Richtigkeit der Summe nicht abstreiten.

Thüringische Regierung zurückgetreten. Weil die Regierung Thüringens glaubte, nicht in der Lage zu sein, Beschlüsse des Landtages durchzuführen, hat sie beschlossen zurückzutreten. Wahrscheinlich wird daraufhin auch der Landtag aufgelöst werden.

Erhöhung der Biersteuer im Saargebiet. Die Regierungskommission des Saargebietes hat dem Landesrat einen Verordnungsentwurf zugeleitet, in dem eine Erhöhung der Tabaksteuer um 100 Proz. und eine Erhöhung der Biersteuer um 50 Proz. und der Branntweinsteuer um 25 Proz. enthalten ist. Der Entwurf wurde vom Landesrat abgelehnt. Trotz der Ablehnung wurde die Verordnung noch am gleichen Tage in Kraft gesetzt.

## Fünf Jahre Arbeitsgericht

Vor fünf Jahren, am 1. Juli 1927, trat das deutsche Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft. Die Arbeitsgerichte haben sich bewährt. Trotzdem ist es gerade in diesen Tagen, wo die Sozialreaktion drohend ihr Haupt erhebt, durchaus angebracht, einen Blick auf die fünfjährige Spruchpraxis der Gerichte zu werfen, die einer einheitlichen Arbeitsrechtsprechung in Deutschland Bahn gebrochen haben. Es sind heute in Deutschland politische und soziale Erregenschaften bedroht, die man noch vor Jahren fast für Ewigkeiten geschaffen glaubte. Täuschen wir uns nicht; wenn die Herrschaften, die zur Zeit, gestützt auf die Regierung der Hitler-Barone, systematisch das Fundament der Gewerkschaften unterwühlen, es machen können, dann werden sie auch noch eines Tages die Arbeitsrechtsentwicklung abzu brechen versuchen. Ihre große politische und

## Gestern schlugen sie Brüning



Heute tragen sie Papen

soziale Hoffnung besteht ja gerade darin, daß es in der Geschichte immer wieder Rückschläge der gesellschaftlichen Entwicklung gegeben hat.

Ihr stärkster Helfer ist die Vergeßlichkeit der Menschen. In unserer schnelllebigen Zeit sind soziale Errungenschaften, um die jahrzehntlang gekämpft werden mußte, vielen Arbeitern und Angestellten leider allzusehr eine Selbstverständlichkeit geworden. Viele Arbeitnehmer wissen nicht, daß im Grunde doch nur sie ein elementares Interesse an dem Bestand der Arbeitsgerichte haben können. Der Arbeitgeber kommt in der kapitalistischen Wirtschaft auch ohne Arbeitsgericht aus, und nicht von ungefähr mußte von den Gewerkschaften in mühsamem Ringen das Arbeitsgerichtsgesetz erkämpft werden. Sozialdemokratie und Gewerkschaften: beide haben schon vor dem Krieg für die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts gekämpft. Aber erst der politische Umschwung nach dem Kriege schuf ihnen die Möglichkeit, für alle Arbeitnehmer ein einheitliches Arbeitsgerichtswesen zu schaffen.

Die Jüngeren unter den Arbeitern wissen vielleicht schon nichts mehr davon, daß es einmal eine Zeit gab, in der bei weitem nicht alle Arbeiter der Rechtsprechung der Gewerbegerichte unterstanden. Noch unmittelbar nach dem Kriege mußten z. B. die Landarbeiter und alle Arbeitnehmer in kleinen Orten — Gewerbegerichte gab es nur in den mittleren und größeren Städten — ihre Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis bei den ordentlichen Gerichten geltend machen. Dieser Zustand bedeutete eine außerordentliche Erschwerung der Rechtsverfolgung, wenn nicht in vielen Fällen geradezu völlige Rechtlosigkeit, denn auf dem Lande und in den kleineren Städten bestand kein starker gewerkschaftlicher Einfluß, und an den ordentlichen Gerichten konnte kein Gewerkschaftsvertreter als Anwalt für den Arbeiterkläger auftreten. Diese Rechtlosigkeit soll wieder auferstehen. Die Nazis helfen dabei. Legt ihnen das Handwerk. Wählt am 31. Juli Liste 1 SPD.

### Streik bei E. Brechler A.-G. in Greifenhagen

Für diesen Betrieb galt jahrelang das gleiche Tarif- und Lohnverhältnis wie für die Stettiner Wurstfabriken. Führend in dieser A.-G. ist die Tochter Brechlers, eine jetzige Gräfin von Montgela, die, seit sie Gräfin geworden ist, noch herrschsüchtiger auftritt als seither. Der Verband war ihr von jeher ebenso wie das Tariflohnverhältnis verhaßt. Ihr Bestreben, davon loszukommen, glaubt sie dadurch erfüllt zu sehen, daß sie sich von der Vereinigung Pommerscher Fleischwarenfabrikanten lossagte und das Lohnabkommen kündigte. Während inzwischen mit den Stettiner Wurstfabrikanten ein neues Lohnabkommen mit 1,08 Mk. Einheitsstundenlohn abgeschlossen wurde, lehnte die Gräfin den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ab, der nur 1,02 Mk. pro Stunde vorsah, den aber auch die Belegschaft als unannehmbar ablehnte.

Die Gräfin bot vorläufig 1 Mk. pro Stunde ohne besondere Vereinbarung und wollte sich vorbehalten, die Löhne zum Teil bis auf 65 Pfennig zu reduzieren. Die Belegschaft trat daraufhin in den Abwehrstreik, der nun bereits sieben Wochen andauert. Von 19 Nazis, die als Streikbrecher in Stettin angeworben wurden, verließen 15 alsbald nach Kenntnis, daß gestreikt wird, den Betrieb. Daraufhin fanden sich bankrotte Fleischermeister und Meistersöhne, davon auch diverse Nazis und Mitglieder des Hirsch-Dunkerschen Fleischer-Gesellenbundes, als „Arbeitswillige“, die mit 65 bis 90 Pf. Stundenlohn die Firma konkurrenzfähig gegen andere Wurstfabrikanten und das Fleischer-Gewerbe machen wollen. Der Würstchenspezialmeister hat nach drei Wochen, in denen er „Qualitätsware“ fabrizierte, die der Firma noch lange in Erinnerung bleiben wird, das Streikbrecherfeld verlassen. An den Streikbrechern hat die Firma nicht viel Freude.

Was heißt Verband, Betriebsrat, Tarif- und Lohnvertrag, hier bestimme ich, ich bin die Gräfin von Montgela, wer von den Streikenden wieder bei mir arbeiten will, der soll selbst kommen. Wen ich nehmen will, bestimme ich, ebenso wie den Lohn, den ich zahlen will. Der Betriebsrat hat zu arbeiten, sich aber nicht um Mißstände zu kümmern, am wenigsten um die Rattenplage. Gegen die sind Katzen genug da. Das ist auch Brechlers Ansicht, der es für Zeitverschwendung hält, wenn die Gesellen einmal Rattenjagd machen.

Die Gräfin von Montgela wird einschen müssen, daß der Verband und seine Mitglieder nicht mit sich spielen lassen. Die Streikenden stehen zu ihrer Sache, die Streikbrecher werden das Feld ihrer unrühmlichen Tat schneller räumen müssen als sie selbst glauben.

**Kapitalismus ist Ausbeutung; er muss beseitigt werden!**

**Am 16. Juli ist der 30. Wochenbeitrag fällig**

### Die Verluste im Schultheiß-Konzern

Die Affäre Katzenellenbogen, die nicht nur den Schultheißkonzern in Mißkredit brachte, sondern auch der deutschen Wirtschaft großen Schaden zufügte, indem ihr Ansehen im Ausland beträchtlich vermindert wurde, hat nunmehr seinen Abschluß gefunden. Sechs Monate später als gewöhnlich ist die Bilanz veröffentlicht worden. Aus ihr ist ersichtlich, daß insgesamt 85 Millionen Mark verlorengegangen sind. Im einzelnen gliedert sich dieser Verlust wie

40

Jahre Treue zum Verband



Fritz Lammert  
Böttcher, Kiel  
Eingetr. 6. 5. 1888

Heinrich Paustian  
Böttcher, Kiel  
Eingetreten 6. 6. 1886

Louis Hahn  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 20. 5. 1889



Nikolaus Wenzel  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 10. 1. 1886

A. Ossiander  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 4. 4. 1886

Julius Kroll  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 20. 7. 1889

folgt: Die von Katzenellenbogen veranlaßte Aktien- transaktion — es wurde von verschiedenen Banken für 41,4 Millionen Mark Aktien mit einem Nominalwert von 14,6 Millionen Mark angekauft — ergibt einen Verlust von 26,8 Millionen Mark. Von den Beteiligungen sind 28,1 Millionen Mark abgeschrieben worden, wovon auf die früheren Ostwerkebeteiligungen 15,4 Millionen Mark, auf frühere Schultheiß-Beteiligungen 6,85 Millionen Mark entfallen. Von dem Konto Wertpapiere, das in der bereinigten Bilanz mit nur 0,9 Millionen Mark erscheint, sind nicht weniger als 16 Millionen Mark abgeschrieben worden, die im wesentlichen auf die holländische Tochtergesellschaft entfallen, mit der Katzenellenbogen seine Betrügereien durchgeführt hat.

Die entstandenen Verluste wurden gedeckt, indem das Aktienkapital im Verhältnis 5 zu 3 zusammengelegt wurde. Der sich daraus ergebende Buchgewinn in Höhe von 19,6 Millionen Mark haben die Aktionäre zu tragen. Stille Reserven standen insgesamt 20 Millionen Mark zur Verfügung, 3 Millionen Mark wurden dem gesetzlichen Reservefonds entnommen. Ferner ist durch die Fusion ein buchmäßiger Gewinn von 20,8 Millionen Mark entstanden. Schließlich wurden 8 Millionen Mark, von den an den Aktienkäufen beteiligten Banken gegen Genussscheine zur Verfügung gestellt. Diese und andere Einnahmen deckten die Verluste und reichten noch zur Bildung des gesetzlichen Reservefonds in Höhe von 5,64 Millionen Mk.

In der Bilanz erscheint das Aktienkapital mit 41,4 (früher 75) Millionen Mark Stammaktien und 15 Millionen Mark Vorzugsaktien. Die Kundenguthaben sind gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Millionen Mark geringer, und die Guthaben der Angestellten um 0,6 Millionen Mark geringer. Auf der Aktivseite ist bemerkenswert, daß die Vorräte keine stillen Reserven mehr enthalten. Sie sind mit 13,7 Millionen Mark mehr als doppelt so hoch eingesetzt als im Vorjahr. Trotzdem sich der Bierabsatz in den letzten Mo-

naten weiter verschlechtert hat, glaubt die Verwaltung des Schultheiß-Konzerns mit Zuversicht der weiteren Entwicklung entgegensehen zu können. Festgestellt wird von ihr, daß Biersteuer- und Bierpreissenkung sich erst voll auswirken können, wenn sich die Wirtschaftslage allgemein bessert.

### Erfolgreicher Streik in der Faßfabrik Horstigall, Tilsit

Die Arbeiterschaft der Faßfabrik Horstigall in Tilsit hat vorige Woche geschlossen die Arbeit niedergelegt als Protest gegen die ungeheuerlichen Lohnabbau- forderungen. Der Firmeninhaber Horstigall verlangte am 2. Juni einen Abbau der Löhne für den Bierfaß- tarif um 17,5 Proz. und den Leichtfaßtarif von durchschnittlich 19 Proz. Zwei Wochen später erhöhte er seine Abbauforderungen bereits auf 21 bzw. 25 Proz. Wie unsinnig diese Abbauforderungen sind, geht daraus hervor, daß seit dem Höchststand der Löhne im Jahre 1929 der Bierfaßtarif bereits um 18 Proz. und der Leichtfaßtarif um 24 Proz. abgebaut wurde. H. hielt trotz aller Versuche zur gütlichen Beilegung des drohenden Kampfes an seinem Verlangen fest. Er glaubte sicherlich, daß die Arbeiterschaft in der gegenwärtig ungünstigen Zeit einem offenem Kampfe ausweichen würde. Er hat sich in seiner Annahme gründlich getäuscht.

Bereits kurze Zeit nach dem Streikausbruch trat der Schlichtungsausschuß zusammen und fällte einen Schiedsspruch, in dem 7 Proz. Lohnabbau vorgeschlagen wurde. Der Spruch wurde von der Firma angenommen, von den Kollegen aber abgelehnt. Durch nachträgliche Verhandlungen wurde weiter erreicht, daß ein Lohnabzug in keinem Fall über 6 Proz. hinausgeht. Im überwiegenden Durchschnitt werden sogar nur 5 Proz. gekürzt. Dieser Regelung stimmte die Belegschaft zu, noch ehe der Schlichter den Schiedsspruch für verbindlich erklärte. Die Arbeit wurde geschlossen wieder aufgenommen. Maßregelungen erfolgen nicht. Das Arbeitsverhältnis gilt nicht als unterbrochen.

### Generalversammlung der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft

Am 27. Juni tagte die Generalversammlung der NIB. in Bad Pyrmont. 72 Delegierte vertraten von den insgesamt vorhandenen 160 000 Stimmen 64 417; für 95 583 Stimmen war keine Vertretung vorhanden.

Verwaltungsdirektor Dr. Eibel erstattete den Bericht für das Geschäftsjahr 1931. Trotz der Wirtschaftskrise habe sich die Zahl der versicherten Betriebe wesentlich gesteigert. Dennoch sei eine große Anzahl Betriebe vorhanden, die nicht als Mitglieder erfaßt seien. Die finanzielle Lage der NIB. sei als gut zu bezeichnen. Bedauerlich sei die durch die letzte Notverordnung bedingte Rentenkürzung, die auch eine erhebliche Verwaltungsarbeit erforderte. Die Beiträge wurden um 10 Proz. herabgesetzt. Grundsatz der Berufsgenossenschaft ist, Unglücksfälle zu verhüten und somit Rentenzahlungen zu verhindern.

Den Bericht über die Tätigkeit des technischen Aufsichtsdienstes erstattete Oberingenieur Direktor U r b a n. Er schilderte die außerordentlich hohen Unfallgefahren, die auch heute noch in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie bestehen. Besonders scharf kennzeichnet er das Verhalten einiger Maschinenbau- firmen, die sich bis heute grundsätzlich noch weigern, die notwendigen Schutzvorrichtungen an ihren Maschinen anzubringen. Besonderes Gewicht müsse auch auf die einwandfreie Isolierung von elektrischen Back- öfenlampe gelegt werden. Auch die Unfälle an Back- öfen durch Zerplatzen der Perkinsröhren seien trotz Rückgang dieser Unfälle noch immer ein Kapitel für sich. Eine begrüßenswerte Neuerung sei eingetreten durch eine Erfindung der AEG., die Tischventilatoren herstelle, in dem die Ventilatorenflügel nicht mehr aus-

### Mehr als eine Million



dieser Freiheitszeichen sind bereits verkauft. Trage auch du die Pfeile und veranlasse deine Kollegen und Freunde, daß sie es tragen. Im Zeichen der drei Pfeile kämpft die deutsche Arbeiterschaft um ihre Freiheit. An diesem Freiheitskampf aktiv beteiligt zu sein, ist Ehrensache jedes Arbeiters.

Kupferblech, sondern aus Gurtbändern hergestellt seien. Die Beschäftigung Jugendlicher an gefährlichen Arbeitsmaschinen sei ein Verbrechen an der Menschheit. Zum Schluß dieses Berichts wurde eine Entschließung der Versichertenvertreter verlesen.

Die Aussprache zum Bericht des technischen Aufsichtsdienstes gestaltete sich recht lebhaft. Einheitliche Meinung bestand darüber, daß die Frage des Maschinenschutzgesetzes seitens der NIB. mit aller Kraft gefördert werden müsse. Auch das Beschäftigungsverbot Jugendlicher an gefährlichen Arbeitsmaschinen sei seitens der Behörden auszusprechen.

Eine lebhaftere Debatte entwickelte ich um die Frage der Anerkennung der Ekzeme-Krankheit (die besonders im Bäckergerbergrasser!) als Berufskrankheit im Sinne der Entschädigungspflicht durch die Berufsgenossenschaft. Ein starkes Für und Wider trat hier zutage. Die anwesenden Bäckermeister hielten die Frage noch nicht als genügend geklärt, obgleich sie darauf hingewiesen wurden, daß die Innungskrankenkassen des Bäckergerbergrasses einen anderen Standpunkt einnehmen. Eine grundsätzliche Klärung wurde nicht herbeigeführt.

Die Vorstandswahlen ergaben eine kleine Kampfhandlung zwischen den Vertretern des Hotel- und Restaurationsgewerbes. Wiedergewählt wurde der Vertreter des Hotelgewerbes. Ein Antrag, die Zahl der Vorstandsmitglieder von 15 auf 17 zu erhöhen, fand Annahme. Diese beiden Sitze wurden dem Konditorenbunde und dem Brotfabrikantenverband zugestanden.

## Herunter mit der Maske

Fragen, die die Salzsteuer-Armee entlarven.

Die Nazis leben von der Vernebelung der Köpfe. Sie sind dunkle Gesellen, die nur im trüben fischen können. Wenn die Dinge klargelegt werden, sind sie bald mit ihrer Weisheit zu Ende. Darum ist es unsere Aufgabe, immer wieder die Schleier von unwürdigen Phrasen zu zerreißen und die Nazis dem ganzen Volke als das zu zeigen, was sie von jeher waren, was sie heute sind und was sie für immer bleiben werden.

Das ist gar nicht schwer. Wir müssen nur Tag für Tag im Betrieb, vor den Arbeitssämtern, im Wirtschaftsausschuß, die noch immer das Heil vom Dritten Reich erwarten, ein paar Fragen vorlegen. Wir müssen sie fragen:

Wie kommt es, daß sich zu dieser Partei, die angeblich sozialistisch und eine Arbeiterpartei ist, gerade die Reichsten der Reichen, die Scharfmacher und Ausbeuter hingezogen fühlen?

Warum grüßt der Großkapitalist Thyssen den Führer dieser Arbeiterpartei mit dem Rufe „Heil Hitler“? Warum sendet diese Partei nur ganz wenige Arbeiter in die Parlamente? Warum vertraut sie die Vertretung von Arbeiterinteressen einer auserwählten Schar von Prinzen, Grafen, Baronen, Großgrundbesitzern, Fabrikanten, Generälen an?

Warum schreibt der „Völkische Beobachter“ am 22. August 1931 „Der politische Führer Deutschlands soll den Tarifstaat zerschlagen.“?

## Warum doch Wohlfahrtsstaat?

„Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen der Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt gemacht, und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann.“

(Aus der Regierungserklärung des Adelskabinetts von Papen.)

Da liegt ein Zettel. Unscheinbar und abgegriffen sieht er aus. Durch die Klopferei ist er mit dem Staub aus einem Aktenstück gefallen. Aus welchem? Wer könnte das noch feststellen? Verweht wie ein einzelnes Blatt hundertjähriger Eichen ist er mir vor die Füße geflattert. Ein paar Worte auf ihm, mit Bleistift geschrieben, fallen auf:

„Siehe auch Blatt 58 der Akten.“

Was mag auf diesem Blatt 58 stehen? Irgendein Aufschluß über ein gestrandetes Menschenschicksal? Sic! Ich enthalte das Blatt 58 eine wichtige Tatsache, sonst wäre der Zettel nicht eingelegt worden. Aber welche? War er dazu bestimmt, eine Tat noch zu schwärzen, rücksichtsloses Zupacken zu rechtfertigen? Oder war er Wegweiser für einen gütigen Beamten zur Auffindung von mildernden Umständen an sich verwerflichen Handlungen? In beiden Fällen wäre der Zettel ein Verlust. Da liegen Hunderte von Aktenstücken bunt durcheinander. Aus welchem stammt das Zeichen? Der Gedanke quält mich und läßt mich nicht mehr los. Immer steht diese unheimliche Zahl vor meinen Augen, entfacht eine Unruhe in mir. Erschreckt mich, wenn sie plötzlich vor mir auftaucht. Alle die Tausende von Aktenstücken möchte man durchstöbern nach diesem Blatt 58...

Warum rufen die Nationalsozialisten das Volk nicht auf zum Massensturm gegen die Hunger- und Notverordnungen der Baronsregierung?

Warum nimmt diese Arbeiterpartei von Industriellen (Muschmann) und Großagrariern (Freiherr von Butlar-Venedien) Geld?

Womit bezahlen die Hitler und Goebbels ihre Luxusautos?

Warum müssen sie in Zeiten solcher Not sich ausgerechnet die teuersten Automobile anschaffen?

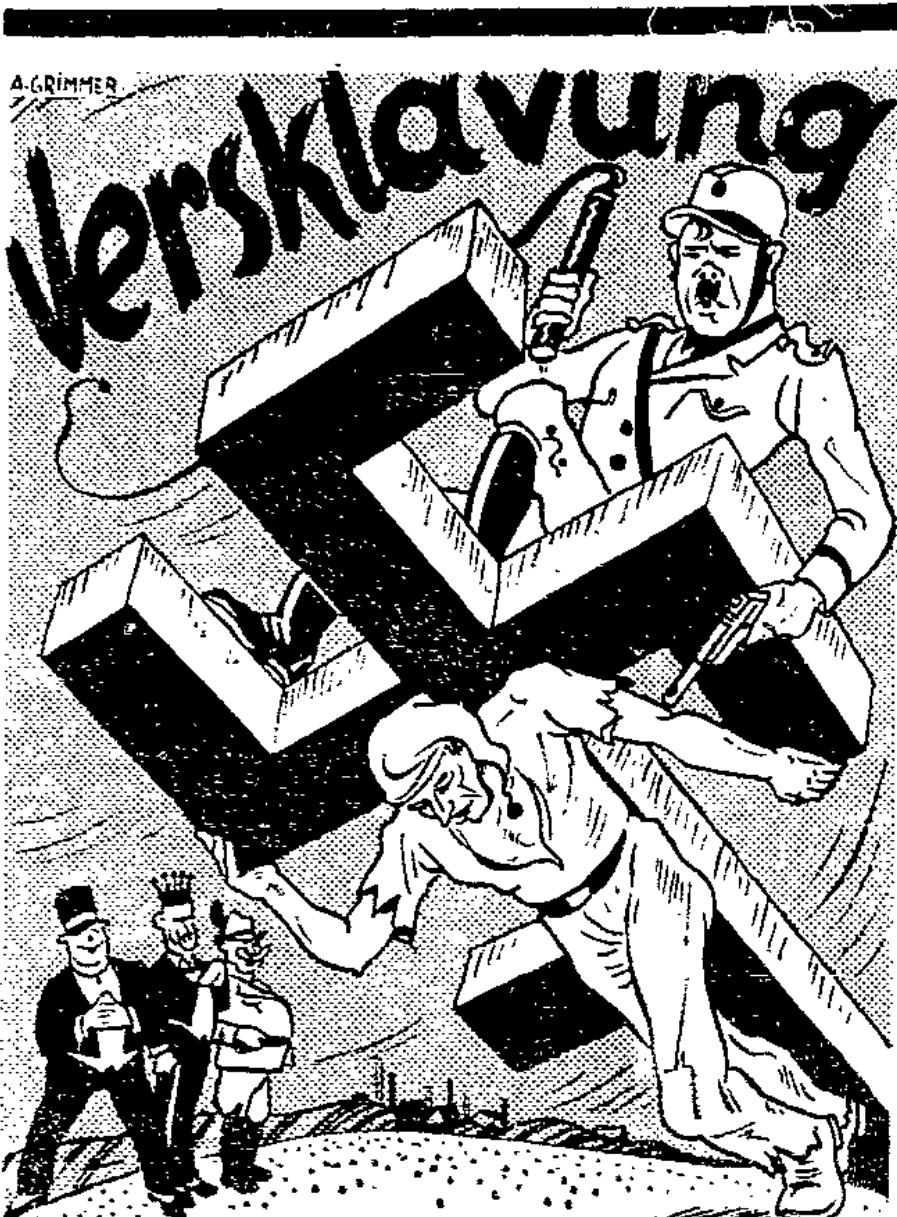
Warum sieht man vor den Versammlungssalen der SPD. keine Luxusautos, warum sieht man sie in Mengen vor den Versammlungsalen der Nazis?

Warum überfallen die SA.-Banden immer nur Arbeiter?

Wann ist die SA. jemals gegen die Kapitalisten gegangen?

Wovon bezahlt Hitler die Kasernen und das Essen für die SA. Wovon bezahlt ihre Lohnung, ihre Uniformen?

Warum geben ihm die Kapitalisten Geld dafür?



Wähle: das Kreuz der Sklaverei. oder ...

Das fragt sie jeden Tag! Es wird nicht lange dauern und sie werden euch die Antwort schuldig bleiben.

Sie können auf diese Frage nicht ehrlich antworten, denn sie sind eben die ausgehaltenen Kettenhunde des Großkapitals.

Eines Nachts flammte diese verdammte Zahl vor mir auf wie ein riesiges Lichtornament. In einsamer Gegend stand ich. Die Achtundfünfzig erhellte mit ihrem blendenden Schein eine traumhafte Stätte. Vermummte Gestalten keuchten daher, schleppten ein graues Etwas. Was war es bloß? Es glich einem Sarg von ungeheuren Dimensionen. Fahl, ohne Ecken, abgestoßen, zerschlagen. Schreckliche. Eine Schnur mit einem schweren Siegel schleppte hinterdrein. Und daran hing ein Mensch. Nackt und bloß war er. Ein Kind noch fast. Wächsern die Haut und seltsam blau geädert. Knospende Brüste, keimende Weiblichkeit. Aber Augen einer Greisin. Halb Dirne, halb Verbrecherin. Durch alle Spalten geschleift, in den Gossen verkommen, schien dieses gealterte Kind. Keine Spur einer pflegenden Mutterhand war an ihm. Eine einzige furchtbare Anklage war es. Ein Faln des Schreckens.

Und über allem diese schauerliche Zahl 58, die grell wie eine brennende Sonde in den nächtlichen Himmel lohte und die schwarzgrauen Mauern eines Erziehungsheims aus dem Dunkel scheuchte.....

Ich muß suchen, bis ich dieses Blatt 58 finde. Schicksale können einen ganz anderen Weg nehmen durch das Fehlen dieses Zeichens.

Aktenband auf Aktenband blättere ich durch. Jede Akte, die in meine Hand kommt, prüfe ich auf den Inhalt des Blattes 58.

Wohnungsmangel steht auf dem einen. Er ist dickleibig und abgegriffen. Wenn der Zettel hieraus stammt, ist nicht viel Unheil zu gewärtigen. Ich stöbere in den trockenen Zahlen. Der Inhalt ist nicht ohne Interesse. Der Wohnungsmangel ist Ursache des Wohnungselends, das hat sich jedem Wohlfahrtsbeamten tief eingepreßt. Und das Wohnungselend ist wiederum Quelle von allerlei Schäden, Ausgangspunkt körperlicher und seelischer Leiden, Ursache des Verkommens an Seele und Leib.

## Nicht vergessen!

Im Oktober 1918 hatte der Matrose Scheyka vom Marinekorps in Flandern das Gefühl, daß der Krieg nunmehr wohl auch ohne ihn verlorengehen würde, daß seine Anwesenheit in Flandern also nicht mehr erforderlich sei. Also machte er sich auf, um über die holländische Grenze zu gelangen.

Aber er wurde gefaßt. Ein Kriegsgericht trat zusammen und verurteilte den Matrosen Scheyka wegen Fahnenflucht vor dem Feinde zum Tode. Das Urteil erging: Im Namen des Kaisers!

Am 9. November 1918 wurde der Matrose Scheyka erschossen. An demselben 9. November 1918 rettete sich derselbe Kaiser, in dessen Namen das Urteil gegen den Matrosen Scheyka vollstreckt wurde, über dieselbe holländische Grenze.

ER wurde nicht erschossen. ER erhielt eine Abfindung, durch die ER der reichste Deutsche wurde. Seine Söhne, denen der Krieg wie eine Badakur bekam, tummeln sich heute für des Volkes Geld in der braunen Uniform der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-Partei.

Augen auf, und nicht vergessen!

## Sie werden bereits unsicher

In ihrer Presse gebärden sich die Nazis, als ob sie Gegner der Notverordnungen wären. Sie wollen dabei darüber hinwegtäuschen, daß in Wirklichkeit feste Vereinbarungen zwischen Hitler und der Adelsregierung getroffen sind. Anders würde es sonst gar nicht möglich sein, daß die Reichsregierung alle Wünsche Hitlers erfüllt. Sie hat den Reichstag aufgelöst, sie hat das Uniformverbot aufgehoben, sie hat die größten Zeitungen der Sozialdemokratie und des Zentrums verboten und ist drauf und dran, den Nazis die Staatsmacht in Preußen und anderen Staaten in die Hände zu spielen.

Diese Geschenke erfordern selbstverständlich Anerkennung. Sie erfolgt dadurch, daß man den Nazi-Mitläufern vorschwindelt, die Notverordnungen zu bekämpfen, hinter den Kulissen aber die Parole ausgibt, Papen und seine Regierung im Wahlkampf nicht zu sprechen. Sie erfolgt weiter dadurch, daß Nazi-Straßer als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses des Reichstages es beharrlich ablehnt, den Ausschuß einzuberufen, damit dieser Gelegenheit hat, sich mit den Notverordnungen auseinanderzusetzen. Den Nazis ist die Erörterung der Notverordnung eben unangenehm, weil sie dann Farbe bekennen müssen.

Ihre Anhänger verfolgen mit steigendem Mißbehagen dieses unehrliche Spiel ihrer Führer. Viele von ihnen haben ihre Uniformen bereits in die Höhe gestellt, weil sie auf der Straße ausgelacht werden. Das Naziabzeichen, das vor wenigen Wochen, als Brüning gestürzt wurde, noch recht zahlreich getragen wurde, ist in den Großstädten jetzt weit weniger zu sehen. Viele irreführende Proletarier beginnen sich bereits zu schämen, einer Bewegung anzugehören, die nichts anderes bezweckt, als die Wiederherstellung der Vorrechte der Adelsklasse. In den nächsten Wochen wird dieses Mißbehagen noch weiter um sich greifen. Jeder muß sein Teil dazu beitragen, daß es recht gründlich geschieht.

Da stehen haarsträubende Zahlen. Sechstausend suchen eine andere Wohnung, zum Teil seit vielen Jahren. Zweitausend haben überhaupt keine eigene Wohnung, sind bei Eltern und Geschwistern eingepfercht. Dreihundertsiebenundsechzig Wohnungen, die vor dem Kriege als gesundheitsgefährlich polizeilich geschlossen worden waren, sind wieder bewohnt. Wir sind anspruchloser geworden nach dem Kriege. Hunderte von Familien haben nur einen Raum. Kann man da überhaupt von Familie reden?

Dieses Wohnelend ist Nährboden aller Laster und Verbrechen. Hier läßt die schreckliche Enge der Bekleidung verwahrlosen, die Stickluft der Höfe verkommen und verderben, was sich selbst überlassen ist.

Ich lerne viele solcher Löcher kennen. Ich kenne die Miasmen, die dort aufsteigen, wo kein Sonnenstrahl Wand und Boden berührt. Ich kenne die armselige Generation, die in diesen Höhlen des Elends heranwächst, sie ist täglich bei uns zu Gast...

An alle wohlstandigen Leute, die in warmen, molligen Zimmern an gutgedeckten Tischen sitzen, beim Kaffee oder Tee über zunehmende Verwahrlosung und Vermehrung der Verbrecher zeternd und sich über die steigenden Wohlfahrtslasten entrüsten, richte ich die Frage:

Habt ihr je einen Blick in jene engen, schmutzigen stinkenden Wohnhöhlen oder in jene lichtlosen Höfe getan? Seid ihr nicht, einem Gefühl des Grauens folgend, in weitem Bogen um jene Stätten der Armut herumgegangen?

Habt ihr je gefragt, ob alle Menschen gesättigt sind? Habt ihr Nachfrage gehalten, ob alle ein ganzes Hemd auf dem Leibe tragen? Eine menschlichen Schlafgelegenheit haben? Habt ihr jemals darüber nachgedacht, was es heißt, mit hungerndem Magen zuzusehen, wie andere an

## Hugenberg und die Gelben

Der Haß Hugenbergs gegen alles Gewerkschaftliche ist hinlänglich bekannt. Nach seiner Meinung haben die Arbeiter überhaupt kein Recht, sich zu organisieren, geschweige an den Unternehmer Forderungen zu stellen. Dennoch tummeln sich verschiedene gelbe „Arbeiterführer“ in der Hugenberg-Partei herum. Sie werden allerdings nicht beachtet und nur geduldet, weil die Deutschnationalen auf das Stimmvieh der Gelben angewiesen sind. Kürzlich tagten die Deutschnationalen, wobei der Oberfinanzrat Dr. Bang ein Referat über Sozialpolitik hielt. Der Unsinn, der hierbei vorgetragen wurde, braucht nicht besonders erwähnt zu werden, wenn wir ein Zitat dieses „Sozialpolitikers“ wiedergeben: „Ziel der Gesamtreform muß sein, Ueberführung aus dem sozialreaktionären Gewerkschaftsstaat in den sozialen Nationalstaat, der seine Bestimmungen nicht von Klassen und Berufsgruppen, sondern von der Nation erhält.“

In der Diskussion traten einige gelbe „Arbeiterführer“ auf den Plan, die selbstverständlich in das gleiche Horn töteten wie der Referent.

Wie bekannt ist, gehört der Hugenberg-Partei auch der Führer des gelben meistertreuen Bäckerbundes an, der auch durch Zufall früher ein Abgeordnetermandat von dieser Partei erhielt, jedoch in den letzten Jahren abgehalftert wurde. Die Bäcker- und Konditorengelben können sich daher vorstellen, was ihnen blüht, wenn die Hugenbergreaktion mit den Nazis als Sieger aus den Reichstagswahlen hervorgehen werden. Dann hätten sie die längste Zeit das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die unsere Organisation erkämpft hatte, und sie werden bald wieder zurückgetrieben sein in die Zeit, wo 16- bis 18stündige Arbeitszeit allgemein bei 7tägiger Arbeitswoche und Nachtarbeit zu verzeichnen war. Für eine solche Verschlechterung der Wirtschaftslage werden die lammfrommen meistertreuen Gelben bestimmt kein Interesse haben. Werden sie auch Nutzenwendungen ziehen und bei den Reichstagswahlen so stimmen, wie es sich eines aufrechten vorwärtsstrebenden Handwerksgehilfen geziemt und den Mut aufbringen, ihre Stimme der Liste 1 der Sozialdemokratischen Partei zu geben?

## Dumm, dreist und demagogisch

Das sind die Eigenschaften der Nationalsozialisten was deutlich folgendes zeigt. Ein arbeiterfreundliches Brauereiuunternehmen hat vor einiger Zeit seiner Kundschaft Reklamepostkarten zugestellt und auf die Bekömmlichkeit ihres Bieres aufmerksam gemacht. Eine solche Karte kam, von Nazihänden mit allerlei schönen Verschen bemalt, unfrankiert an das Unternehmen zurück.

Wir stellen fest, daß die Nazis einen neuen Krieg wollen und ihn vorbereiten.

Wir stellen fest, daß die Lasten, die das deutsche Volk in Form von Steuern aller Art zu tragen hat, ausschließlich Folgen des Krieges sind.

Wir stellen weiter fest, daß vor allem die Biersteuern für Reich und Gemeinden nur der Kriegslasten halber erhoben werden müssen, daß sie rund 50 Proz. des Verkaufspreises ausmachen.

Wir stellen aber auch fest, daß die Führer der Arbeiterbewegung den Krieg, dem wir unser Elend zu verdanken haben, nicht wollten, daß sie ihn aber nicht zu verhindern vermochten.

Es ist deshalb Dummheit, Dreistigkeit und Demagogie zugleich, wenn die Nazis auf der der Brauerei zugeleiteten Reklamekarte folgendes reimen: „Bierpreis pro ½ Liter jetzt 25 Pf., hiervon 13 Pf. Steuern. Dankt das den Bonzen. Bierpreis im Dritten Reich 12 Pf. pro ½ Liter.“

Es ist mehr Demagogie als Dummheit, wenn hier die Nazis im Dritten Reich den halben Liter Bier für 12 Pf. anpreisen. Wollen sie doch den Landwirten höhere Getreidepreise verschaffen. Und Getreide ist der Hauptrohstoff bei der Bierbereitung. Offenbar wollen die Nazis dem Volk beibringen, daß es bei ihrer Herrschaft keine Biersteuer mehr gebe. Es würde aber unter ihrer Herrschaft noch mehr und nur solche Steuern geben, die ausschließlich das arbeitende Volk belasten. Weil das arbeitende Volk der Hauptbierkonsument ist, würde man aus dem Bier das nur denkbar Mögliche von Steuern herauspressen. Beweis dafür ist die erhöhte Salzsteuer, die die neue Regierung als Weisheit letzter Schluß

Brauerei gerichteten Schmähkarte weiter: „Jagt Eure Bonzen zum Teufel!“ Auf der Rückseite der Karte wird wie folgt gehöhnt: „Ihr Bier ist manchmal gut, es wechselt viel und tut mal den Angestellten im Dritten Reich gut. Auch Ihr kommt zu uns! Heil!“ (Es folgt das Hakenkreuz.)

Ein weiterer Vermerk auf der Karte besagt, daß im Hakenkreuz die Hoffnung auch der Brauereien liege.

Angesichts einer solchen Behandlung von Wirtschaftsfragen, die vor allem die Brauerei- und Mälzereiarbeiter aufs tiefste berühren, müssen sich die letzten Brauereiarbeiter, die der Nazi-Partei etwa noch nachlaufen oder mit ihr im stillen sympathisieren, mit Abscheu von ihr wenden.

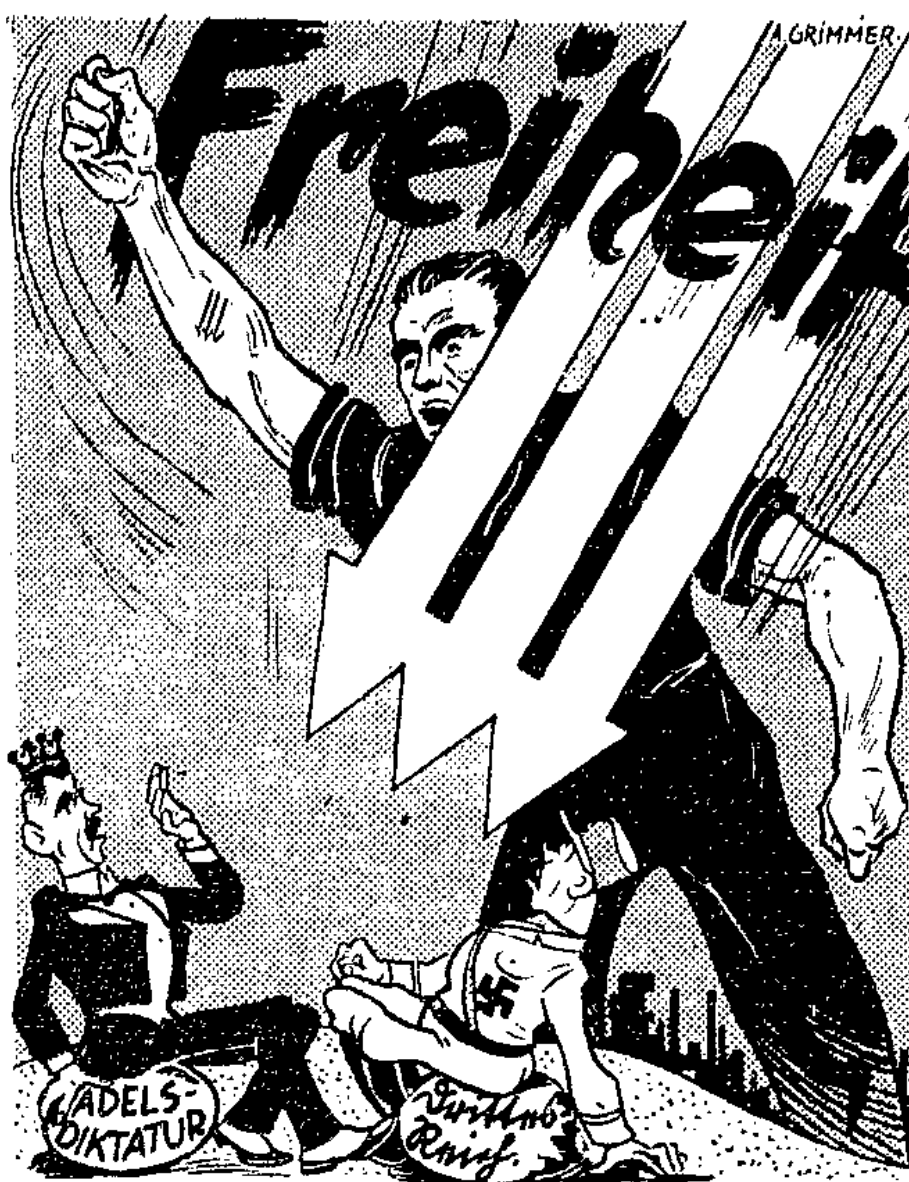
**Brauerei und Mälzereiarbeiter, keine Stimme am 31. Juli solchen Dilettanten und Demagogen.**

## Eine Anmaßung des Handwerks

Die Handwerker, der Mittelstand und ihre Organe sind sich einig in dem Ruf: Kauft nicht in Warenhäusern und Konsumvereinen. Auch „Der Böttchermeister“ glaubt in seiner Nummer vom 2. Juli unter „Handwerk — Warenhaus“ in das alberne Geklaffe einstimmen zu müssen. Er spricht zwar im allgemeinen vom Warenhaus, das dabei aber auch die Konsumvereine getroffen werden sollen, zeigt folgender Satz: Es wird keinen geben, der durch seine Lieferungen an Warenhäuser und Konsumvereine einen großen Verdienst erzielt hat. Wie man aber die Lieferanten an Warenhäuser und Konsumvereine einschätzt bzw. herabzusetzen sucht, zeigen weiter folgende Ausführungen: „Hat er auf ein billiges Angebot den Auftrag erhalten und er sieht, daß er nichts verdient, dann sucht er es herauszuschinden; schlechtes, nicht trockenes Material, Reifen aus Blech werden verarbeitet. Es wird eine Ware hergestellt, die ganz minderwertig ist.“ Glaubst dieser „Handwerksretter“ wirklich, die Mitglieder der Konsumvereine lassen sich derartiges bieten und die Geschäftsleitungen nehmen derartigen Schund ab? Oder spricht er aus Erfahrung?

Mögen die Vertreter des Handwerks noch soviel über die Konsumvereine zetern, daß diese ihnen das Feld nicht zu räumen brauchen, dafür sorgen die Herrschaften selbst. Einmal dadurch, daß sie samt und sonders zu den Nazis zu zählen sind und in ihren Innungsversammlungen heute vor lauter „nationalen“ Tönen fast platzen, und zum andern, daß sie glauben, die gegenwärtigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse gegen die freien Gewerkschaften ausnützen zu müssen.

Dafür nur ein Beispiel: Für die Bäcker- und Konditoren-Zwangsinnung des Kreises Blumenthal, Bez. Bremen, bestehen tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um sie nicht einhalten zu müssen, hat man sämtliche Mitglieder unseres Verbandes, mit drei Ausnahmen, wegen „Arbeitsmangel“ entlassen. Um den Wünschen des „Führers“ der Bäcker, dem Nazi-Müller, Bremen, gefällig zu sein, stellt man bei Bedarf an Arbeitskräften nicht etwa die Arbeitslosen am Orte ein und hilft dadurch die Wohlfahrtslasten der Gemeinden mildern, sondern man holt sich „nationale“ Kräfte aus Braunschweig und Thüringen und „Volontäre“.



drei Pfeile, den Weg zur Freiheit

herausbrachte. Und was die Barone-Regierung tut, geschieht mit Zustimmung der Hitler-Partei.

Trotzdem die Arbeiterführer sich gegen die indirekte Besteuerung wandten, macht man die „Bonzen“ für die Biersteuern verantwortlich. Und in Konsequenz dessen heißt es auf der an die

vollen Tafeln sitzen, frierend wahrzunehmen, wie andere in warmen Kleidern und Pelzen protzen? Habt ihr euch je die Frage vorgelegt, mit welchem Recht ihr euch besser kleidet und nährt, mit welchem Recht ihr besser wohnt? Ist euch nie der Gedanke gekommen, daß eurer Wohlstand der anderen Elend verschuldet? Habt ihr je einen Finger gerührt, der anderen Not zu lindern?

Nein, das habt ihr nicht getan. Und darum habt ihr das Recht verwirkt, euch über steigende Lasten zu entrüsten, eure Nasen zu rümpfen über schlechte Sitten, über Mangel an Bildung, euch zu entsetzen über zerrissene Kleider und Schuhe. Richtet nicht pharisäerhaft über das, was verdammt ist, fernab von eurer Kultur zu verwahren und zu verkommen!

Und bleibt mir auch mit euren frommen Phrasen vom Leibe. Es schlüpft zwar leichter ein Kamel durchs Nadelöhr als ein Reicher durchs Himmelstor, aber in der Kirche sitzen die Wohlhabenden doch vornean, sind Gottes Kinder nach dem Einkommen placiert, und kein Reicher läßt sich von euren Tabernakeln schrecken. Es gehört zur göttlichen Weltordnung, daß die einen prassen und die anderen darben, daß die einen in Palästen auf seidenen Pfühlen schmartzoten und die anderen in Schmutz und Elend verkommen.

Es muß wohl Gottes Wille sein, daß Laster und Verbrechen in den Häusern der Armut wie eine böse Seuche in verderblicher Weise grassieren. Es muß der Ratschluß eurer Götter sein, daß zwei Wesen, die zweier Mütter Schoß entglitten, das eine Pracht und Herrlichkeit von dienender Hand behütet und bewahrt, aufwächst, das andere mit allen geistigen und körperlichen Mängeln behaftet, erblich verseucht und belastet untergeht.

Auf der Suche nach Blatt 58 der Akten begegnen uns furchtbare Menschenschicksale. Da tauchen sie alle nacheinander auf, die auf der Schattenseite des Lebens gestrandet sind. Verkommene Arbeiter, verarmte Mittelständler, landarme Reisende aller Schattierungen, Fürsorgezöglinge, Dirnen, Zuhälter, Verbrecher. Ein buntes Durcheinander von Menschen, die nichts zu verlieren haben, unter denen es brodeln wie unter einem Vulkan.

Endlos ist der Zug der Heimatlosen, die versprechen, ihre Wanderunterstützung erheben und wieder untertauchen in der Nacht des Landstraßenlebens. Von einer Stadt zur anderen, zwanzig, dreißig, vierzig Kilometer am Tage, heute in einem Stall, morgen bei Mutter Grün, übermorgen in einer verlausten oder verwanzten Penne schlafend, zieht dieses Heer in wachsenden Kolonnen durch das Land.

Da kommen sogar ganze Familien, durchschnittlich zehn im Jahr.

Ein uralter Kinderwagen birgt die Habseligkeiten und das Kleinste. Frau und Mann wechseln sich ab im Schieben des Wagens. Die Kinder trotten hinterdrein.

Von einem Ende des Reiches zum anderen wandern sie in eine neue Arbeitsstelle. Manchenorts sieht man sie nicht ungern. Sie arbeiten billig. Lassen sich zu allem mißbrauchen, wessen ein Landjunker fähig ist.

Sie fragen nach keinem Tarif, nach keinem Ortslohn, nach keinem Kinderschutzgesetz, schlafen im Stall wie das liebe Vieh, und bedarf man ihrer nicht mehr, wirft man sie wieder auf die Straße. Sie widersetzen sich nicht, diese armen Wanderarbeiter. Willenlos sind sie und freiwillig rechtlos wie Leibeigene. Gejagt und gehetzt, versteinern sich ihre Züge. Sie haben das Lachen verlernt, die Tränenröten sind ihnen längst vertrocknet. Tiere sind sie geworden. Mühsal und Plage ist ihr Dasein.

Wanderhausierer, Slowaken, Topfbinder, Siebmacher, Kesselflicker, Schuhmacher und Stuhlflechter, alle ziehen sie die Straße des Elends, ein kümmerliches Bündel von Habseligkeiten auf dem Rücken, von Almosen lebend und von Betteln und Stehlen. Und der himmlische Vater erhält sie doch, wenn auch herzlich schlecht. Da meint er es mit denen, die mit glänzenden silberbeschlagenen Autos ihre Straße ziehen, schon besser. Für die ist der Tisch gedeckt, wohin sie kommen, und das Nachtlager bestellt. Und toll und immer toller jagen sie durch die Welt, wie wenn sie Eile hätten, das kurze Leben so gnußreich wie möglich auszufüllen.

Und keine Rücksicht auf andere nehmen diese Begnadeten. Mit ihnen fährt der Tod. 25 000 Menschen rafft die Autopest jährlich dahin. Alle Straßen sind von Blut besudelt.

Jedes Jahr wächst die Zahl der Motorwagen. Vor zehn Jahren kam in der Provinz auf 1000 Einwohner ein Auto, heute auf 80, in den Großstädten auf 30 bis 40.

Und im selben Verhältnis wächst die Zahl der Namenlosen, die heimatlos ihre Straßen ziehen, die verdammt sind, irgendwo zu verenden. Niemand fragt danach, wie dieses ausgestoßene Volk lebt, wie es verkommt, dem Tieren gleich frisst, zeugt, Krankheiten verbreitet, die Menschheit verseucht, Halbtiere und Idioten oder Kinder mit vererbter Syphilis in die Welt setzt und sich und seine zweifelhaften Nachkommen von der Allgemeinheit ernähren läßt. Das alles wird geregelt durch die Fürsorgepflichtverordnung, dem Regulator des großen Massenelends. Geräuschlos, ohne viel Aufhebens. Damit der wohlstandige Bürger nicht in seiner behaglichen Ruhe gestört wird...

Diese zwei Kapitel sind entnommen aus „Aktenstaub“, dem Tagebuch eines Wohlfahrtsdezernenten. Dieses lesenswerte Buch ist erschienen im Verlag Courier, Berlin SO 16, Michaelkirchstraße.

Auch sonst hat man Müllers Wünschen weitgehend Rechnung getragen. An der Hand von einwandfreiem Material können wir behaupten, daß nur knapp ein halbes Dutzend der Gesellen noch den Tariflohn bekommen.

kündigt, Aufgabe der SA. ist es, die deutsche Volks-erziehung zu vollenden.

Im Geiste kann man sich sehr gut vorstellen, wie diese Erziehung des deutschen Volkes durch die SA. aussieht. Zunächst muß man sich erinnern, daß der Führer der SA., Röhm, ein großer Verehrer von Negerknäben ist und nicht nur diese liebt, sondern auch an jungen Deutschen großen Wohlgefallen findet.

Mehl- und Brotpreise am 1. Juli 1932

Infolge der günstigen Ernteaussichten und des größeren Angebotes, womit früher stark zurückgegangen sind die Preise für Weizen in der ersten Hälfte des Juni etwas zurückgegangen. Die Tendenz änderte sich dann wieder durch Steigen der Preise nach dem Bekanntwerden der geplanten Maßnahmen der übermäßig agrarfreundlichen Reichsregierung zur Sicherung des Absatzes der alten und neuen Ernte.

Erwerbslos!

(Nachdruck verboten.)

Wir gelten nicht als Mensch — o nein! Denn da müßt es wohl anders sein. Man kürzt und kürzt das bißchen Geld, Weil man uns nicht für Menschen hält.

Was brauchen wir essen? — s' gibt frische Lu! Auch sättigt ja uns der Bratenduft. Wo auch ein Heim, wenn Mangel an Geld, Lebt nur wie's Tier auf Wies' und Feld!

Wieso Hunger? Wer keine Arbeit hat, Wird doch vom süßen Nichtstun satt! Wohl sind wir Deutsche im deutschen Land, Wir brachten es einst hoch durch fleißig Hand.

Und man vergaß uns auch „Vierzehn“ nicht, Denn da hatten wir ja die verdammte Pflicht Zu schützen das Land vor der Feinde Wut. Was wir gelitten, geopfert an Blut,

Das hat unser Vaterland heute alles vergessen, Heut wird der Mensch nach dem Reichtum gemessen! Wer heute nichts hat, nun, der mag darben. Oder er lasse sich recht bald begraben.

Die Hauptsache ist, dem andern gehts gut. Die wissen ja nicht, wie weh hungern tut. Die können sehr leicht Kürzungen erlassen, Die brauchen ja nicht zum Hungerriem' fassen.

Uns liefert man langsam dem Hungertod aus, Aus all' diesem Elend macht man sich nichts draus. Aber es gibt eine Grenze, dann gibt es kein Halt, Der Hunger schreckt nicht zurück vor Gewalt!

Man schimpft auf Juden, weil's heute so ist, — Ja, wer ist denn besser: Jud' oder Christ? Befolgten sie des Nazareners Lehre, Solch eine Armut heute gewiß nicht wäre!

Alfred Huppert.

die blutigen Methoden der SA. sehr wohl geeignet, den letzten Rest der Achtung vor Familie und Menschleben zu beseitigen. Das deutsche Volk muß sich gegen die Zerstörung der deutschen Kultur zur Wehr setzen. Am 31. Juli werden nicht die „Röhmlinge“ gewählt, sondern die Liste 1 SPD.

Unsere Zeitschriften

Technik und Wirtschaftswesen. Das Juliheft dieser Fachzeitschrift für die Beschäftigten der Getreide-, Mehl-, Zucker und Kakao verarbeitenden Industrien enthält wieder außerordentlich interessante und lehrreiche Abhandlungen. Kein in der Berufspraxis stehender Kollege sollte versäumen, sich diese Zeitschrift durch die Ortsgruppe zu verschaffen.

Aus dem Inhalt: Die Entwicklung der Gießputzmaschine. II. — Diesel- und elektromotorische Antriebe. — Ueber Fette in der Bäckerei und Konditorei. — Ueber den Parallelismus der Fermente in Weizenmehlen. — Chemische Zusätze zum Mehl müssen verboten werden. — Mikroskop und Mikroskopieren in der Nahrungsmittelindustrie. — Technisch-wissenschaftliche Umschau. — Mathematisches aus der Praxis. — Arbeitsweise und -material. — Aus Gewerbe und Industrie. — Rohstoffmarkt. — Fragekasten. — Patente.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Ausschluß. Auf Antrag der Ortsgruppe Stettin wird Walter Lietz, Kutscher, geboren am 22. November 1893 in Jaffen, Buchnummer 325 995, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Der Vorstandsvorstand.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 1. Juli bis 7. Juli 1932.

Postscheckkonto der Hauptkasse: Berlin 129 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:

Falkenstein 139,00, Halberstadt 54,64, Bitterfeld 165,60, Gera 35,64, Neumünster 269,49, Nürnberg 214,57, Schwonneberg 57,02, Zweibrücken 126,71, Berlin 395,50, Bremen 1586,00, 741,10, Breslau 2331,24, Dessau

Table of city and membership numbers. Columns include city names and corresponding values.

Sonstiges:

Table of city names and values under the 'Sonstiges' section.

Korrespondenzen

Aachen. Die seit Jahren in Aachen bestehende, von der Regierung ins Leben gerufene Bäckereikontrolle hat auch im abgelaufenen Jahre 1931 segensreiche Tätigkeit ausgeübt. An der Kontrolle nimmt stets ein Polizeibeamter sowie ein Vertreter der Meisterschaft und ein Kollege unseres Verbandes als Sachverständiger teil.

Düren. Vor einigen Tagen mußte unser Vertreter wegen schwerer Mißhandlung des Lehrlings in der Bäckerei Frinken, Kaiserplatz, vorstellig werden. Im Verlauf der Aussprache erklärte Frinken, daß er keine freiorганиzierten Arbeitnehmer beschäftigen würde.

Gera. (Gegen Nazis, für die Eiserne Front!) Im Zeichen des Freiheitskampfes fanden drei Betriebsversammlungen der Belegschaften der Wurstfabriken Carl Oertel, Gera, Franz Walter, Langenberg und Werner Kaiser, Kraftsdorf, statt. Teilweise sind die Unternehmer „Pg's“ Mitglieder der Nazipartei.

Table with 3 columns: Auslands (Weizen, Roggen), Inlands (Weizen, Roggen), Berliner (Weizen-Roggenmehl) and price values.

Nach unserer Statistik, die wir regelmäßig für eine Anzahl von Orten durchführen, ergab sich am 1. Juli ein Durchschnittspreis für 1 dz Roggen- oder sogenanntes Bäckermehl von 30,27 Mk. gegenüber 30,78 Mk. im Vormonat.

Main table of bread prices for various cities like Königsberg, Breslau, Görlitz, etc., with columns for different types of bread and prices.

1) Durchschnittspreis 2) Feinbrot 3) Mischmehl

Die SA. soll das deutsche Volk erziehen

Wer von den Lesern der Meinung war, daß die neuerstandene SA. keine andere Aufgabe habe als die aufrechte Arbeiterschaft zu terrorisieren und deren Blut zu vergießen und sich schützend vor die Geldschränke der Kapitalisten zu stellen, der irrte sich gewaltig.

Gewerkschaftliche Rundschau

Albert Thomas' Nachfolger. Das Internationale Arbeitsamt hat einen neuen Direktor. Nachfolger des verstorbenen Albert Thomas wurde H. B. Butler, bisher stellvertretender Direktor des Amtes. Er wurde vom Verwaltungsrat auf dessen Außerordentlicher Tagung, die jüngst in Genf stattfand, mit 21 von 24 Stimmen gewählt.



